



STADT ESSEN

Der Oberbürgermeister

**Geschäftsbereich 6A
Umwelt und Bauen**

Geschäftsbereichsvorstand
Simone Raskob

Raum 5.41
Telefon (0201) 88-88300 u. 88301
Telefax (0201) 88-88310
e-mail simone.raskob@gbv6a.essen.de

Stadt Essen · Geschäftsbereich 6A · 45121 Essen

Bürgerliste Nord
-Der Vorstand-
Bernhard Derks
Thusneldaplatz 2

45329 Essen

18.11.2009



- Genehmigungsverfahren Fa. Prison -

Sehr geehrter Herr Derks,
sehr geehrte Damen und Herren der BL Nord,

die in meinem Geschäftsbereich durchgeführten Recherchen und eine Auswertung der Empfangsprotokolle der Faxgeräte haben ergeben, dass zu dem von Ihnen angegebenen Datum (09.08.2009) der Faxeingang Ihres Schreibens nicht aufgezeichnet wurde. Daher kann ich erst jetzt Ihr Schreiben beantworten.

Ich habe Verständnis für Ihre Sorge über die zukünftige Nutzungen und Entwicklungen auf dem Betriebsgelände der Fa. Prison an der Emscherstraße und den damit verbundenen Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung des Stadtteils. Die Geschäftsaktivitäten und das Genehmigungsverfahren der Firma Prison für das Betriebsgelände an der Emscherstraße wurden auch in der Verwaltung nicht mit euphorischer Begeisterung begleitet.

Die Untere Immissionsschutzbehörde als zuständiges Sachgebiet des Umweltamtes hat alle in Betracht kommenden rechtlichen Instrumente im Genehmigungsverfahren ausgeschöpft. Trotzdem konnte leider das politisch und verwaltungsseitig Wünschenswerte im vorliegenden Fall aufgrund der Rechtslage nicht bewirkt werden. Sieht man einmal von den formalen und eher rechtlichen Aspekten ab, die dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zugrunde liegen und an die die Verwaltung gebunden ist, hat es speziell in diesem Verfahren nicht nur eine äußerst sorgfältige behördliche Prüfung, sondern auch eine frühzeitige und in jeder Hinsicht umfassende Information der politischen Gremien gegeben.

Die in Ihrem Schreiben aufgeführten Behauptungen, Vorwürfe und Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung weise ich daher entschieden zurück.



Rathaus - Porscheplatz
45121 Essen

e-mail info@gbv6a.essen.de

Ihre Unterstellung, die Verwaltung hätte in diesem Fall, dazu mit absurder Begründung die entsprechenden Gremien zu spät und nach vollzogener Genehmigung informiert, ist unbegründet und falsch.

Die Verwaltung hat seit Bekanntwerden der Übernahme der Betriebsflächen der ehemaligen Firma Recyclingwerk Olsberg durch die Firma Prison sowie deren Betriebsansiedlung an der Emscherstraße die Kommunalpolitik in den letzten Jahren über die Entwicklungen in zahlreichen Mitteilungen und Vorlagen, wie Sie dem Ratsinformationssystem mühelos entnehmen können, kontinuierlich unterrichtet. So auch im Jahr 2008, als bei der nunmehr zuständigen Unteren Immissionschutzbehörde des Umweltamtes im Juni erneut ein immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsantrag für das Olsberg-Gelände eingereicht wurde. Wegen der Bedeutung des Themas wurden die politischen Gremien hierüber gleichfalls frühzeitig informiert (s. Vorlage vom 28.08.2008, Drs.-Nr. 1565/2008/6A). Seitdem hat die Verwaltung die politischen Gremien (insbesondere den Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz, Grün und Gruga, Bau- und Verkehrsausschuss, die Bezirksvertretungen V und VI) aktiv über alle Maßnahmen, Vorkommnisse und Bearbeitungsstände im Zusammenhang mit dem in Rede stehenden Betriebsgelände und dessen Nutzung umfangreich und allgemeinverständlich informiert. Darüber hinaus sind allen interessierten Bürgern und Politikern auf Anfrage die gewünschten Auskünfte/Informationen zu der Betriebsansiedlung und dem vorliegenden Genehmigungsantrag gegeben worden. Damit ist die Verwaltung dem Informationsbedürfnis der Bürger und der Kommunalpolitik weit über die rechtlichen Ansprüche, die an ein vereinfachtes Verfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung gestellt werden können, nachgekommen.


Bereits im April (und Mai) dieses Jahres ist mit der Vorlage des detaillierten Berichtes „Firma Prison und Umgebung“ (s. Vorlagen Drs.-Nr. 1099/2009/6A u. Drs.-Nr. 0576/2009/6A) frühzeitig darauf hingewiesen worden, dass *vorbehaltlich der abschließenden summarischen Prüfung des zuständigen Fachbereiches mit einer Entscheidung über den Antrag zu Gunsten der Antragstellerin voraussichtlich noch im Juni* zu rechnen ist. Entgegen Ihrer Auffassung stellt auch die fehlende Berichterstattung im Mai/Juni kein Versäumnis dar, da in diesem Zeitraum sowohl eine intensive Prüfung durch die zuständigen Fachbereiche und abschließende Prüfung der rechtlichen Situation im Einvernehmen mit dem Rechtsamt für die Erstellung eines rechtssicheren Bescheides vorzunehmen war. Dabei versteht es sich von selbst, dass erst nach sorgfältiger abschließender Prüfung aller relevanten Sachverhalte und Aufbereitung für die Entscheidung, die politischen Gremien vollständig und ausführlich von der Verwaltung über alle zu berücksichtigenden Aspekte und Auswirkungen in Kenntnis gesetzt werden konnten. Um den weiteren Informationsfluss aufrecht zu erhalten, wurde im Juni in einem persönlichen Gesprächstermin mit den Bezirksbürgermeistern der Stadtbezirke V und VI und dem Fachbereichsleiter des Umweltamtes u. a. der aktuelle Verfahrensstand, die rechtliche Situation und die voraussichtliche Genehmigungserteilung sowie die zeitlichen Abläufe besonders ausführlich besprochen. Ich muss daher davon ausgehen, dass allen am Verfahren Interessierten durch die vorgenommene Berichterstattung und Mitteilungen, die wesentlichen Verfahrensabläufe und Termine in der Angelegenheit bekannt waren.

Somit ist Ihr Eindruck, dass die Verwaltung das Genehmigungsverfahren „in aller Stille“ durchgezogen und mit der Begründung von Fristen „abgespeist“ hat haltlos. Zudem wurde das zusätzliche Gesprächsangebot in meinem Schreiben an die Ratsfraktionen und die Bezirksvertretungen für weitere Erläuterungen, unabhängig von gesetzlichen Fristen und den BV-Sitzungsterminen, leider nicht genutzt.

Selbstverständlich besteht sowohl für Sie, als auch für alle anderen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit sich auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes beim Umweltamt entsprechend zu informieren. Bitte berücksichtigen Sie, dass die auf diesem Wege eingeholten Informationen/Auskünfte, gesetzlich vorgegeben, kostenpflichtig sein können.

Ich hoffe, durch meine Ausführungen zur Aufklärung der in Ihrem Schreiben angesprochenen Punkte beigetragen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Simone Raskob